

SP will Abweichler disziplinieren

Häufigerer Einsatz der Urabstimmung

Die Geschichte zeigt: Wenn die SP ihre Basis befragt, kann das dramatische Folgen haben – bis hin zur Parteispaltung. Die Urabstimmung zur AHV-Reform soll jedoch den entgegengesetzten Effekt haben.

SIMON HEHLI

Es sind einige Kröten, welche die Linke bei der AHV-Reform schlucken muss: Frauen müssen bis 65 arbeiten, und die Renten aus der zweiten Säule sinken deutlich. So gibt es denn auch in den Reihen der Jungsozialisten, der SP-Frauen und der Gewerkschaften Opposition. Die SP-Spitze hingegen steht hinter der Reform. Um möglichst viele Parteimitglieder hinter sich zu scharen, veranstaltet sie deshalb eine Urabstimmung – die erste seit 22 Jahren. «Wir haben die AHV erfunden und wollen sie in die Zukunft führen», sagte Parteipräsident Christian Levrat in der «Sonntags-Zeitung». Dazu müsse die SP mit ihrer Basis diskutieren.

Nicht alle sind jedoch von dieser Massnahme überzeugt. Der SP-Nationalrat Eric Nussbaumer liess auf Twitter durchblicken, er halte die Urabstimmung für unnötig. Die Position der SP sei schon ziemlich klar festgelegt – «oder hat einE GenossIn in Bern anders gestimmt?» Der Baselbieter bezieht sich auf die Tatsache, dass sämtliche National- und Ständeräte der SP-Fraktion Ja gesagt haben und die Reform auch aktiv unterstützen würden.

Wider die politische Kultur

Nussbaumer findet das Vorgehen der Parteileitung auch aus grundsätzlichen Überlegungen fragwürdig. «Eine demo-

Glaubwürdigkeit im Lotterbett

Kommentar auf Seite 13

kratische Urabstimmung ist ein äusserst wichtiges Instrument für den Fall, dass ein beträchtlicher Teil der Mitglieder nicht mit den Entscheiden eines Parteitages oder der Delegiertenversammlung einverstanden ist.» Es entsprechen nicht wirklich der schweizerischen direkt-demokratischen Kultur, Plebiszite «top-down» anzusetzen, wie das etwa der ehemalige britische Premierminis-



Die Linke streitet nicht nur über die Rentenreform, sondern auch darüber, wer mitbestimmen soll.

ADRIAN BAER / NZZ

ter David Cameron beim Brexit-Entscheid getan hat.

Ein Blick in die Geschichtsbücher zeigt aber: Auch 1994 war es die Parteileitung selber, die sich für eine Urabstimmung entschied. Es ging damals ebenfalls in erster Linie um das Rentenalter der Frauen, das im Zuge der 10. AHV-Reform von 62 auf 64 Jahre erhöht werden sollte. Im Unterschied zu heute war die Parteispitze ob dieser Frage allerdings gespalten. Der Vorstand sprach sich mit 33 zu 26 Stimmen gegen das Referendum aus, das die Gewerkschaften ergriffen hatten und für das sich auch Parteipräsident Peter Bodenmann starkmachte. Die Parteimitglieder sprachen sich mit Zweidrittelmehrheit für die Reform aus, die dann an der Urne von 60 Prozent des Volkes gutgeheissen wurde. Der Plan der SP, in einem nächsten Schritt mittels Initiative das Frauenrentenalter wieder zu senken, missriet gründlich.

Die ersten und bis 1995 einzigen beiden Urabstimmungen hatte die SP in den Jahren 1919 und 1921 abgehalten. Es ging damals um den Beitritt zur von

Moskau dominierten Kommunistischen Internationalen, den die Basis verwarf. Nach dem zweiten Nein spaltete sich der linke Parteiflügel ab und gründete die Kommunistische Partei. Solche dramatischen Konsequenzen dürfte die vierte Urabstimmung in der SP-Geschichte nicht haben. Hinter vorgehaltener Hand sagen SP-Exponenten, dass sie von einem klaren Ja zur Reform ausgehen. Die Parteileitung erhofft sich von einem solchen Resultat auch eine disziplinierende Wirkung auf die linken Abweichler. «Natürlich wäre eine klare Zustimmung der Basis ein deutliches Signal nach innen wie nach aussen», sagt Sprecher Michael Sorg.

Mitbestimmung macht attraktiv

An der Versammlung vom 1. April entscheiden die SP-Delegierten, ob es wirklich zu einer Urabstimmung kommt und ob sie den Mitgliedern ein Ja oder ein Nein zur AHV-Reform empfehlen. Am 30. April will die Parteileitung das Ergebnis der Urabstimmung bekanntgeben. Bis zur nächsten Befragung der Basis

dürfte es dann nicht mehr 22 Jahre dauern. Denn am Parteitag im letzten Dezember hat die SP beschlossen, das Instrument häufiger einzusetzen. «Sicher einmal pro Legislatur» sollen die Mitglieder bei wichtigen Sachgeschäften das letzte Wort haben, wie Sprecher Sorg sagt. Als Beispiel aus der Vergangenheit, bei dem eine Urabstimmung möglich gewesen wäre, nennt er das Nachrichtendienstgesetz, das innerhalb der Partei sehr umstritten war.

Urabstimmungen sollen auch den Aufwärtstrend der SP bei den Mitgliederzahlen verstärken – die Partei ist seit den Wahlen 2015 und dem Sieg von SVP und FDP gewachsen, nach jahrelangem Schrumpfen. «Eine Partei, in der man mitbestimmen kann, ist attraktiv», sagt Michael Sorg. Die Urabstimmung von 1995 war insofern ein Grosse Erfolg, als die SP damals 2500 zahlende Mitglieder hinzugewann – auch weil sie aktiv Sympathisanten anschrieb und sie zu einem Beitritt aufrief, um an der Abstimmung teilnehmen zu können. Eine entsprechende Marketingoffensive ist derzeit jedoch nicht geplant.

Steuererklärung soll freiwillig werden

Erleichterung für Rentner

ERICHS ASCHWANDEN

Der 31. März rückt unaufhaltsam näher, und bei manchem dürfte sich damit das schlechte Gefühl im Magen verstärken. Noch immer liegt nämlich in vielen Haushalten die Steuererklärung unausgefüllt in der Schublade. Wie eine 2015 durchgeführte Umfrage bei über 750 Personen ergab, hatten damals 41 Prozent der Schweizer ihre Steuererklärung nicht pünktlich Ende März eingereicht.

Aus dem Aargau kommt nun ein Hoffnungsschimmer, zumindest für Rentner. In einer Interpellation fordert die CVP nämlich ein erleichtertes System für diese Bevölkerungsgruppe. Die Regierung soll prüfen, ob das Ausfüllen der Steuererklärung für nicht mehr erwerbstätige Rentnerinnen und Rentner fakultativ werden soll.

Obligatorisch bleibt das Ausfüllen der Formulare, wenn sich im Rentenalter die Vermögensverhältnisse geändert haben, beispielsweise durch Erbschaften oder Lottogewinne. Eine Steuererklärung einreichen müssten auch Rentner, deren Einkommen sich im Vergleich zum Vorjahr verändert hat, etwa weil sie wieder eine berufliche Tätigkeit aufgenommen haben oder Aktiengewinne einstreichen konnten.

Daten aus dem Vorjahr

Alle anderen Rentner sollen auf die Veranlagung vom Vorjahr verweisen können. Wenn sich die Abzugsmöglich-



Marianne Binder
Präsidentin
CVP Aargau

keiten ändern, etwa bei der Krankenkasse oder bei den Pflegekosten von Angehörigen, soll der Steuerzahler entscheiden, ob er neu veranlagt werden will. «Gerade für ältere Rentnerinnen und Rentner ist es in unserer digitalisierten Welt fast unmöglich, Steuerklärungen ohne fremde Hilfe auszufüllen», begründet CVP-Kantonalpräsidentin Marianne Binder den Vorstoss.

Vom Steuerzahler werde heute erwartet, dass er die Unterlagen im Internet selbst herunterlade, ausfülle und beim Amt einreiche. «Wer keinen Computer hat oder dazu nicht in der Lage ist, muss seine mangelnde Kompetenz häufig für teures Geld wettmachen», erklärt Binder. Im schlimmsten Fall müssen die ohnehin nicht vermögenden Rentner gar eine Busse zahlen. Häufig wenden sich überforderte Senioren an Pro Senectute, an Bekannte oder die Kinder. Oder sie nehmen die Dienste eines Treuhandbüros in Anspruch.

Weniger Bürokratie

Die frühere Kommunikationschefin der CVP Schweiz hat die Idee bereits in interkantonale Gremien der Partei eingespeist. Vergangene Woche hat CVP-Vertreterin Béatrix von Sury im Kanton Basel-Landschaft ein ähnlich lautendes Postulat eingereicht. Das ist nicht erstaunlich, wäre doch der Vorschlag mit einem Bürokratieabbau mit entsprechenden Kostenfolgen verbunden. Allein im Kanton Aargau leben rund 120 000 Menschen, die älter als 65 sind. Binder schätzt, dass sich die Steuerbehörde mit der vorgeschlagenen Systemumstellung 15 von 100 Steuerklärungen sparen könnte. «So könnte man auf einfache Weise den administrativen Aufwand reduzieren und würde viele Menschen entlasten», meint Binder überzeugt. Bereits hat sich Pro Infirmis bei ihr gemeldet. Auch Behinderte, die sich mit den gleichen oder noch grösseren Problemen konfrontiert sehen wie Rentner, sollen in Zukunft keine Steuererklärung mehr einreichen müssen.

Die SVP hat ein Personalproblem

In der Westschweiz haben sich gleich mehrere Parteivertreter die Flügel verbrannt – Nachwuchs ist nicht in Sicht

Durch Oskar Freysingers Abwahl verliert die SVP ihren einzigen Mann in einer Westschweizer Kantonsregierung. Der Parmelin-Effekt ist bis anhin ausgeblieben.

ANDREA KUCERA, LAUSANNE

Als Guy Parmelin im Herbst 2015 in den Bundesrat gewählt wird, sieht die SVP-Führung darin den Auftakt zur Eroberung der Romandie. Der Parmelin-Effekt ist in aller Munde; Albert Rösti prophezeit einen Aufstieg von vier Prozent in der Wählergunst der Romands. Eineinhalb Jahre später macht sich bei der SVP Ernüchterung breit: Am Sonntag wurde mit Oskar Freysinger der einzige verbliebene Westschweizer SVP-Exekutivpolitiker von Rang und Namen abgewählt, sofern man vom Bernjursier Pierre Alain Schnegg absieht, der in der Regierung des Kantons Bern sitzt. Die Volkspartei ist neu in keiner einzigen Westschweizer Kantonsregierung mehr vertreten. Ein erster Formtest seit

Parmelins Triumph waren die kantonalen Wahlen vom letzten Herbst in Freiburg. Die SVP träumte nach 20-jähriger Absenz von der Rückkehr in den Staatsrat. Sie konnte sich Wahlchancen ausrechnen, schliesslich gingen die Mitte-Rechts-Parteien FDP und CVP erstmals mit der SVP eine Koalition ein. Trotz Listenverbindung scheiterte SVP-Kandidat Stéphane Peiry klar; die Linke konnte ihre drei Sitze halten.

Nicht viel besser sieht es in den Legislativen aus. Im Freiburger Grossen Rat stagniert die SVP auch nach den letzten Wahlen bei 21 Sitzen und bleibt damit drittstärkste Kraft hinter der SP und der CVP. Im Wallis gewann Freysingers Partei vor zwei Wochen immerhin zwei Mandate hinzu und kommt neu auf 23 Sitze. Sie stellt weiterhin die drittstärkste Fraktion hinter CVP und FDP. Im Licht der Abwahl ihres Staatsrats sind die zwei zusätzlichen Parlamentssitze jedoch ein schwacher Trost.

Die SVP hat in der Westschweiz ein Personalproblem. Die gemässigten Vertreter, die bei der Vorgängerpartei PAI (Parti des paysans, artisans et indépendants) gross geworden waren, ver-

abschieden sich langsam, aber sicher aus der Politik. Und die jungen Wilden, die nach Christoph Blochers Machtübernahme den härteren SVP-Kurs in die Westschweiz trugen, haben sich die Flügel verbrannt. Freysinger, der Gründer der Walliser SVP-Sektion, scheiterte an der Vielzahl seiner personellen und verbalen Fehlritte. Er gab noch am Sonntag seinen Rücktritt aus der Walliser Politik bekannt. Offen ist, ob er Vizepräsident der SVP Schweiz bleibt. Parteifreund Franz Ruppen rechnet nicht damit.

Yvan Perrin gelang 2013 als erstem SVP-Politiker überhaupt der Einzug in den Neuenburger Staatsrat. Er musste eineinhalb Jahre später wegen eines Burnouts zurücktreten und agiert seither im Hintergrund. Bei den Wahlen in Neuenburg, die am 2. April anstehen, tritt die SVP unter anderem mit Jean-Charles Legrix an, der 2013 als Stadtrat von La Chaux-de-Fonds von den anderen Regierungsmitgliedern entmachtet worden war. Auch die Karriere der Gennifer Nationalrätin Céline Amaudruz, die Parmelins Bundesratskandidatur mit orchestriert hatte und nach dessen Wahl zur Vizepräsidentin der SVP Schweiz

berufen worden war, hat einen empfindlichen Knick erlitten. Amaudruz wurde im Dezember mit 1,92 Promille Alkohol im Blut am Steuer erwischt. Für Schlagzeilen sorgte namentlich, dass sie in der Not Bundesrat Parmelin sowie den Gennifer Generalstaatsanwalt anrief.

Die Hoffnungen der Westschweizer SVP ruhen auf den Schultern eines Mannes: Jacques Nicolet ist Präsident der Waadtländer SVP und Staatsratskandidat. Mit ihm möchte Mitte-Rechts am 30. April in Lausanne die Regierungsmehrheit zurückerobern. Nicolet gilt als gemässigter SVP-Mann. Er genießt die Unterstützung der FDP und damit der drei amtierenden freisinnigen Staatsräte Pascal Broulis, Jacqueline de Quattro und Philippe Leuba.

Es ist nicht ausgeschlossen, dass die SVP ab diesem Frühling wieder einen Westschweizer Staatsrat stellt, auch wenn Beobachter Nicolets Herausforderin im Vorteil sehen: Cesla Amarelle war Präsidentin der SP Waadt und sitzt seit 2011 im Nationalrat. Sie ist ein politisches Schwergewicht in der Waadt. Der Westschweiz steht ein weiterer spannender Wahlkampf bevor.